

BESCHLUSS

: Mehr Freiräume für Jugend. Mehr Energie für Jugendverbandsarbeit.

Arbeitsprogramm des Hessischen Jugendrings für die Jahre 2023-2025

Wir, der Hessische Jugendring mit seinen Mitgliedsverbänden, beziehen Stellung zu uns wichtigen jugendpolitischen Themen. Wir beschreiben unsere Beobachtungen und unsere Bewertungen zur Lage von jungen Menschen, zur Jugendarbeit und zur Jugendverbandsarbeit in Hessen. Aus diesen Beobachtungen und Bewertungen ziehen wir unsere Schlüsse und legen unsere sechs Schwerpunkte für die nächsten zwei Jahre fest: Wir wollen die Bedeutung der Jugendverbandsarbeit stärken und sichtbar machen. Wir wollen die Rolle und Situation der kommunalen Jugendringe verbessern. Wir werden die Inklusion in der Jugendverbandsarbeit vorantreiben. Wir wollen uns für das Ehrenamt in der Jugendarbeit einsetzen. Wir werden die politische Bildung in der Jugendarbeit weiterentwickeln und deren Profil schärfen. Wir werden uns dafür einsetzen, die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu schützen und zu stärken.

1. Bedeutung der Jugendverbandsarbeit in Hessen stärken

Jugendverbände verstehen sich als Orte der Selbstorganisation, als Interessenvertretung junger Menschen. In jugendverbandlichen Selbstbeschreibungen und Positionspapieren wird als zentrale Funktion von Jugendverbänden die Verantwortung für den Erhalt und die Weiterentwicklung von Demokratie betont, sowie die besondere Bedeutung als Sozialisationsinstanz.

Der Hessische Jugendring möchte sich mit der Bedeutung und der Reichweite der eigenen Arbeit, der Außenwahrnehmung und dem eigenen Blick auf Jugendverbandsarbeit beschäftigen, um daraus perspektivisch neue Impulse für die weitere Arbeit abzuleiten. Hintergrund sind die großen Herausforderungen, vor denen die Jugendverbandsarbeit steht. Seien es fehlende Ehrenamtliche, gesellschaftliche Krisen und deren Folgen, oder andere Organisationsformen, denen sich Jugendliche anschließen.

Die Fragen, die wir uns stellen wollen, sind: Stimmt unsere eigene Erzählung, dass Jugendverbände in Hessen zentrale jugendpolitische Akteure sind? Wie groß ist die Reichweite von Jugendverbandsarbeit in Hessen aus unterschiedlichen Perspektiven aktuell? Wie wird unsere Arbeit in den Medien aufgegriffen? Wie ist die Jugendverbandsarbeit gesellschaftlich und in der politischen Debatte repräsentiert? Prägen wir aktuelle gesellschaftspolitische Debatten maßgeblich mit? Welche Auswirkungen auf Biografien hat Jugendverbandsarbeit?

Hier wollen wir eigene blinde Flecken aufdecken und kritisch reflektieren, welche Bedeutung der Jugendverbandsarbeit in Hessen zugemessen wird und wie treffend unsere eigenen Perspektiven und Einschätzungen derzeit sind.

In einem weiteren Schritt wollen wir uns damit auseinandersetzen, wie das Selbstverständnis aktuell beschaffen ist und ob es einen Wandel in den letzten Jahren oder Jahrzehnten gegeben hat. Wie nehmen Jugendverbände ihre gesellschaftliche Verantwortung derzeit wahr? Verstehen sie sich als Orte der Demokratie, als Pionier_innen in gesellschaftspolitischen Fragen? Wenn sich das Selbstverständnis gewandelt hat, was bedeutet das für die Arbeit mit jungen Menschen?

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- **Analyse:** Der hjr sichtet Literatur, Studien, Medienberichte, persönliche Erfahrungsberichte u. ä., um den Blick von außen auf die Jugendverbandsarbeit besser zu verstehen. Dabei geht es einerseits um die öffentliche Debatte und die Frage, welche Bedeutung der Jugendverbandsarbeit zugemessen wird. Es geht aber auch um die Frage, wie aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse ihre Bedeutung einordnen, sei es quantitativ oder qualitativ. Ziel ist, ein möglichst umfassendes Bild der Wahrnehmung unserer Arbeit zu bekommen.
- **Fachveranstaltung:** Der hjr organisiert eine Fachveranstaltung, zu der Jugendverbände und Stadt- und Kreisjugendringe eingeladen sind. Ziel ist, einen Austauschraum zu eröffnen, um das eigene Selbstverständnis zu reflektieren, aktuelle Herausforderungen in der Jugendverbandsarbeit zu benennen und erste Lösungsansätze zu entwickeln.

2. Stadt- und Kreisjugendringe unterstützen

Viele kommunale Jugendringe stehen aktuell stark unter Druck. Seit Jahren kämpfen sie vielerorts vergeblich um eine Mindestausstattung und Fördergelder, viele Jugendringe haben Nachwuchsprobleme in ihren Gremien. Die Corona-Pandemie hat die Situation weiter verschärft. Stadt- und Kreisjugendringe sind mit einem Schwund an ehrenamtlichem Engagement konfrontiert und teilweise sogar in ihrer Existenz bedroht.

Dabei leisten sie – besonders dort wo sie gut ausgestattet und handlungsfähig sind – eine Menge für die Vitalität und Stärke verbandlicher Jugendarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene. Ihr Verschwinden bliebe in den meisten Fällen nicht folgenlos für die vor Ort ansässigen Jugendverbände. Die Bedeutsamkeit von kommunalen Jugendringen ist mehrdimensional:

Erstens bündeln und verstärken sie den jugendpolitischen Gestaltungsanspruch von Jugendverbänden vor Ort. Stadt- und Kreisjugendringe verhandeln kommunal bedeutsame jugendpolitische Themen und vermitteln diese gegenüber Dritten. Sie sind der prädestinierte Raum für demokratische Aushandlungsprozesse außerhalb der eigenen verbandlichen Strukturen und gleichsam Wirkungsverstärker nach außen. Sie bieten Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Plattform jugendpolitischer Verständigung und Aktivität und ermöglichen ein gemeinsames Eintreten für gute Rahmenbedingungen vor Ort.

Zweitens sind sie Servicestellen für ehrenamtliche Strukturen in der Jugendarbeit einer Kommune: Sie bieten Beratung, Vernetzung, Qualifikation in allen Fragen rund um die ehrenamtliche Jugendarbeit und außerschulische Jugendbildung, sie bieten – wo es ihre Ausstattung erlaubt – den Verleih von Technik, Equipment oder auch Räume für Veranstaltungen.

Drittens – und dieser Punkt verdient unter den aktuellen Gegebenheiten besondere Aufmerksamkeit – sind sie Katalysatoren jugendlichen Engagements: Durch ihre Netzwerkarbeit zwischen Verbänden, die sonst nicht zwingend Kontakt pflegen würden, entstehen Synergieeffekte, gegenseitige Hilfe und Unterstützung der Verbände untereinander. Dadurch, dass es einen gemeinsamen Anlaufpunkt und einen regulären Ort des Austauschs gibt, werden Vorhaben möglich, die einzelne Verbände alleine nicht stemmen könnten: kleine Festivals, Kulturangebote, Diskussionsveranstaltungen, Plakataktionen etc. Im Idealfall entsteht daraus wiederum ein Mehrwert für alle Beteiligten, indem neue junge Menschen auf die Aktivitäten der Jugendverbände aufmerksam werden, neue Zielgruppen erschlossen und neue Mitglieder sowie potentielle Ehrenamtliche angesprochen werden.

All diese Potenziale drohen verloren zu gehen. In der Praxis sind Stadt- und Kreisjugendringe nie alles in gleicher Intensität, sie sind teilweise höchst verschieden geprägt durch die Personen und die

Mitgliedsverbände, die in ihnen agieren. Es lohnt sich jedoch zweifellos, für den Erhalt der Jugendringe einzutreten und – wo nötig oder möglich – Initiativen zur Reorganisation oder Neugründung anzustoßen.

Einen besonderen Einfluss darauf, ob kommunale Jugendringe im oben beschriebenen Sinne handlungsfähig sind, hat ihre finanzielle und personelle Ausstattung.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Der Hessische Jugendring bietet den Stadt- und Kreisjugendringen in Hessen durch Beratung, Vernetzung und fachliche Impulse verstärkte Unterstützung:
 1. Der Hessische Jugendring entwickelt auf Grundlage der Bedarfe der Stadt- und Kreisjugendringe eine Arbeitshilfe für die (Reorganisationen der) Zusammenarbeit von Jugendverbänden in kommunalen Jugendringen.
 2. Der Hessische Jugendring organisiert regelmäßige Vernetzungstreffen der Stadt- und Kreisjugendringe, um einen Rahmen für gegenseitigen Austausch und Beratung zu schaffen.
 3. Der Hessische Jugendring organisiert Zukunftswerkstätten für Jugendringe und Jugendverbände, in denen gemeinsam Visionen für die Zukunft der Stadt- und Kreisjugendringe entwickelt werden sollen.
- Der Hessische Jugendring entwickelt ein Modellprojekt, mit dem der (Wieder)Aufbau kommunaler Jugendringe in zwei bis drei Kommunen unterstützt werden soll, wobei die inhaltliche Ausrichtung der Jugendringe unterschiedlich sein kann.
- Der Hessische Jugendring initiiert eine Strukturdebatte über die zukünftige Anbindung von Stadt- und Kreisjugendringen als Mitgliedsorganisationen. Hierfür wird eine AG ins Leben gerufen, die bis zur nächsten regulären Vollversammlung 2025 ein tragfähiges Konzept zur organisatorischen Anbindung der Stadt- und Kreisjugendringe erarbeitet. Die AG besteht aus Mitgliedern des Vorstandes, der Jugendverbände und der Kreis- und Stadtjugendringe.

Das Ehrenamt in der Jugendarbeit fördern

Die langfristigen Folgen der Corona Pandemie, die mit den erheblichen Einschränkungen für die ehrenamtlichen Strukturen der Jugendverbandsarbeit verbunden waren, lassen sich noch immer nicht gänzlich absehen. Zweifellos werden die Jugendverbände die massiven Auswirkungen noch eine ganze Weile zu spüren haben.

Eine komplexe Herausforderung nach zweieinhalb Jahren Pandemie wird weiterhin die Reaktivierung und Neugewinnung von Ehrenamtlichen darstellen. Die Jugendverbände haben es mit großem Einsatz geschafft, dass sich die Situation teilweise stabilisiert hat oder zu stabilisieren beginnt. An vielen Stellen werden die Strukturen aber in einem sehr mühsamen und langwierigen Prozess nach und nach wiederaufgebaut und gestärkt werden müssen. Dies gilt insbesondere im Falle von Verbänden und auf Ebenen, in denen nur bedingt auf eingespielte, hauptamtliche Strukturen zurückgegriffen werden kann – gerade kleinere Stadt- und Kreisjugendringe sind hierbei ausdrücklich mit zu berücksichtigen.

Die Gewinnung und langfristige Bindung von Ehrenamtlichen, die sich einbringen und vor Ort Verantwortung übernehmen, stellte allerdings bereits vor der Pandemie eine komplexe Aufgabe dar. Entsprechend ergibt sich auch unabhängig von den Besonderheiten der mit der Pandemie verbun-

denen Einschränkungen die Herausforderung, die Entwicklung ehrenamtlicher Strukturen gemeinsam zu reflektieren und diese möglichst attraktiv zu gestalten, um junge Menschen für ein Engagement in der Jugendverbandsarbeit zu begeistern. Diese Aufgabe wird zum einen durch die Jugendverbände selbst zu leisten sein. Zum anderen gilt es, sich weiterhin für die nötigen politischen Rahmenbedingungen zur dauerhaften Stärkung und Förderung ehrenamtlichen Engagements einzusetzen.

Das ehrenamtliche Engagement junger Menschen bildet das Fundament der Jugendverbandsarbeit und ist von unschätzbarem Wert für unsere Gesellschaft. Dafür Sorge zu tragen, dass ehrenamtlichen Strukturen die nötige Unterstützung zuteilwird und Engagierte die entsprechende Würdigung erfahren, bleibt daher eine zentrale Aufgabe.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Der Hessische Jugendring wird sich weiterhin intensiv in den fachlichen und politischen Diskurs zur Förderung, Qualität und Anerkennung des Ehrenamts in der Jugendarbeit einbringen und die Interessen der Jugendverbände vertreten. Konkret wird sich der Hessische Jugendring politisch dafür einsetzen, dass eine Juleica-Fachstelle zur Stärkung der Juleica eingerichtet und dass Jugendleiter_innen der unkomplizierte Erwerb der Ehrenamtskarte ermöglicht wird oder die Juleica als Ehrenamtskarte gewertet werden kann.
- Der Hessische Jugendring wird den Rückgang von ehrenamtlichen Strukturen in der Jugendverbandsarbeit weiter bewerten und ihm entgegenwirken. Insbesondere der Austausch und die Zusammenarbeit mit den regionalen Jugendringen soll ausgebaut werden. Dabei sollen gemeinsam Strategien und Konzepte zur Stärkung der kommunalen Jugendringe diskutiert und entwickelt werden. Stadt- und Kreisjugendringe übernehmen vielfältige und wichtige Aufgaben bei der Unterstützung und Förderung der Jugendarbeit auf kommunaler Ebene, wie in dem gesonderten Abschnitt hier im Leitantrag deutlich wird. Dieses Potential gilt es zu nutzen: Mit der nötigen Ausstattung versehen könnten diese beispielsweise zu attraktiven Servicestellen werden, die ehrenamtliche Strukturen gezielt entlasten.
- Es soll gemeinsam ein niedrighschwelliger Ehrenamtscheck entwickelt werden, der den Verbänden als Unterstützung bei der Förderung der Ehrenamtsfreundlichkeit dient. Konkreter soll der Ehrenamtscheck Engagierten auf allen Ebenen dabei helfen, die Attraktivität und Offenheit der eigenen Strukturen zu reflektieren. Darüber hinaus wird der Ehrenamtscheck grundsätzliche Informationen zum Thema Organisationsentwicklung enthalten und in diesem Zusammenhang erste unterstützende Impulse setzen.
- Um den Austausch zu den Themen Juleica und Ehrenamtsförderung über die verschiedenen Ebenen und regionalen Grenzen hinweg zu fördern, soll eine Vernetzungsplattform geschaffen werden, in der Ehrenamtliche und Hauptamtliche gemeinsam diskutieren, Erfahrungen teilen und voneinander lernen können, z. B. in Form eines regelmäßig stattfindenden (Online-) Stammtisches oder anderer Formate.

4. Die politische Bildung weiterentwickeln

Jugendverbände hatten einen wesentlichen Anteil daran, ein kritisches und pädagogisch anspruchsvolles Verständnis politischer Bildung zu etablieren und in der Praxis beständig weiterzuentwickeln. Politische Bildungsarbeit gehört demnach zu den Kernaufgaben der Jugendverbandsarbeit.

Die politische Bildung ist ein in seiner Bedeutung und Auslegung kontroverses und zunehmend diffuses Feld, was auch in der verbandlichen Jugendarbeit zu Unklarheiten und Unsicherheiten führt. Diffus deshalb, weil es in der Theorie und auch Praxis durchaus sehr unterschiedliche Verständnisse davon gibt, was als politische Bildung gelten kann und was politische Bildung leisten soll. Einem sehr offenen, qualitativ nicht weiter bestimmten Verständnis von politischer Bildung folgend, können bereits viele Momente der pädagogischen Praxis zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als politische Bildung gelten. Auch wird politische Bildung häufig synonym zu Begriffen wie Demokratiebildung oder -erziehung verwendet und dabei nicht selten auch inhaltlich verengt.

In dieser Hinsicht steht der Begriff in einem Spannungsfeld zu dem bereits erwähnten kritischeren Verständnis, das die Tradition der Jugendverbandsarbeit kennzeichnet. Dieses sieht u. a. vor – über eine demokratiebildende Wissensvermittlung hinaus – gesellschaftliche Machtverhältnisse immer wieder kritisch zu hinterfragen und dabei nicht zuletzt von Ungleichheit und Diskriminierung geprägte Strukturen zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen. Ziel der politischen Bildung muss es sein, die kritische Meinungsbildung und politische Mündigkeit von Individuen zu fördern, umso mehr Teilhabe zu ermöglichen und demokratische Aushandlungsprozesse und Veränderungen anzuregen.

Kontrovers ist das Feld insbesondere auch, weil je nachdem, wie politische Bildung verstanden wird, unterschiedliche politische Grundüberzeugungen und Interessen zum Ausdruck kommen, mit denen wiederum inhaltliche Schwerpunktsetzungen einhergehen. Dies zeigt sich gerade auch im Falle staatlicher Förderprogramme, durch die politische Bildung finanziert wird. Die staatliche Perspektive liegt dabei auf sicherheitspolitischen Interessen und der sogenannten Extremismusbekämpfung, während die Bildungsarbeit die Emanzipation in den Mittelpunkt stellt. Das soll Individuen befähigen, aktiv an der Willensbildung in der Gesellschaft zu partizipieren und gesellschaftliche und strukturelle Diskriminierungen abbauen.

Die staatliche Logik der Extremismusbekämpfung und -prävention wirkt sich durch die Ausgestaltung von Landesprogrammen und Projektförderung unmittelbar auf die Ausrichtung der Projekte und die Konzepte der politischen Bildung aus. Die Träger der politischen Bildung sind dem ausgesetzt, wenn sie an der Förderung partizipieren wollen.

Für den Hessischen Jugendring ergibt sich vor diesem Hintergrund die Aufgabe, den Austausch über politische Bildung innerhalb der eigenen Strukturen voranzutreiben und weiter Klarheit über die eigene Perspektive auf politische Bildung herzustellen, um diese in der Jugendverbandsarbeit zu stärken. Der Hessische Jugendring wird sich zudem noch stärker in die politischen und gesellschaftlichen Debatten einbringen, um für eine kritische politische Bildung zu streiten und einem wenig ambitionierten, oftmals sicherheitspolitisch geprägten Verständnis von politischer Bildung entgegenzutreten.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Die AG Politische Bildung soll weitergeführt werden und prüfen, wie ein kritisches Verständnis politischer Bildung in der Jugendverbandsarbeit in Hessen gestärkt werden kann. Die AG wird auf Basis dieser Vorarbeit an der Erstellung einer Arbeitshilfe zur politischen Bildung in der Jugendverbandsarbeit beteiligt. Die Arbeitshilfe soll bei der konkreten Entwicklung von Angeboten politischer Bildung, gerade auch unter Berücksichtigung bereits bestehender Bildungsangebote in den Verbänden, unterstützen und hilfreiche Informationen bündeln.
- Der Hessische Jugendring wird seine Lobby- und Vernetzungsarbeit im Themenbereich politische Bildung intensivieren. Die Ausrichtung von Förderprogrammen des Landes zu politischer Bildung wird vom Hessischen Jugendring kritisch begleitet werden. Dabei wird das kritische Verständnis politischer Bildung klar gegenüber dem Hessischen Landtag und der Landesregierung vertreten

und allgemein im Austausch mit unterschiedlichen politischen Akteur_innen vermittelt. Die Vernetzung und der Austausch mit der Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen soll verstärkt werden (u. a. im Rahmen des "beratungsNetzwerk hessen gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus" und durch den Besuch von Fachveranstaltungen).

- Der Hessische Jugendring wird das Thema politische Bildung für die Zielgruppe Kinder bearbeiten, Veröffentlichungen erstellen und Qualifizierungsmaßnahmen für Multiplikator_innen durchführen.
- Wir nehmen uns vor, die Jugendverbände in der Entwicklung und Umsetzung von Angeboten der historisch-politischen Bildung und Gedenkstättenarbeit zu unterstützen. Unsere Bildungsarbeit beinhaltet dabei Konzepte der historisch-politischen Bildung, um Kindern und Jugendlichen durch das Lernen aus der Geschichte ein Verständnis von demokratischen Prozessen und der Notwendigkeit von Beteiligung zu vermitteln. Konkret wird eine Gedenkstättenfahrt für Multiplikator_innen durchgeführt, die Hintergrundinfos zu bestehenden Projekten vermittelt. Diese beinhaltet einen Gedenkstättenbesuch des ehemaligen KZ Natzweiler-Struthof in den Vogesen und deren Außenlager in Frankfurt, Mörfelden-Waldorf und Mannheim-Sandhofen.

5. Inklusion in der Jugendarbeit umsetzen

Junge Menschen mit und ohne Behinderung(en) brauchen Angebote der Jugend(verbands)arbeit gleichermaßen. Sie haben altersspezifische Bedürfnisse nach Freizeit, Ablösung vom Elternhaus, Begegnungen mit Gleichaltrigen und Autonomie. In ihrem Aufwachsen und ihrer Identitätsentwicklung können Jugendliche durch viele verschiedene Jugendarbeits- und Jugendbildungsangebote gestärkt werden, sich vielfältig ausprobieren und ihre Erlebnisse mit anderen jungen Menschen teilen.

Jugendlichen mit Behinderung(en) wird es aufgrund verschiedener Faktoren erschwert, an offenen Angeboten wie Gruppenstunden, Zeltlagern und Jugendbegegnungen teilzunehmen, da sie mit verschiedenen Barrieren konfrontiert werden: eine eingeschränkte Mobilität, um an Veranstaltungsorte zu gelangen, fehlende Zugänge zu Informationen über Angebote, Diskriminierungserfahrungen oder die fehlende Finanzierung von zum Beispiel Teilhabe-Assistenz oder Gebärdensprachdolmetscher_innen. Jugendzentren und andere Gebäude, Spielplätze und Zeltplätze sind nicht immer barrierearm gestaltet. Jugendleiter_innen und Fachkräfte sind häufig durch mangelndes Wissen über Behinderung verunsichert. Wenn Jugendliche daran gehindert bzw. behindert werden, ihren alterstypischen Bedürfnissen nachzugehen, liegt dies also nicht nur an einzelnen physischen Barrieren, sondern an einer grundlegenden Struktur: der Bedarf nach inklusiven, barrierearmen Jugendfreizeitangeboten ist sehr hoch – aber die Angebotslage und das Erreichen weiterer Zielgruppen hängen dem hinterher.

Junge Menschen sind vielfältig und bilden ein großes Spektrum an Interessen und Bedarfen ab. Inklusion muss nicht dazu führen, dass alle an allem teilnehmen. Vielmehr hat sie das Ziel, dass junge Menschen mit Behinderung(en) Angebote für ihre Interessen finden können.

Die Angebotsvielfalt und die Anzahl solcher Angebote, die für Jugendliche mit Behinderung(en) zugänglich sind, sollte vergrößert werden. Zwar ist die Teilhabe bereits jetzt nach individuellen Absprachen oftmals möglich, doch um Jugendliche zu erreichen, die Freizeitangebote bisher aus Sorge vor Barrieren oder Diskriminierung meiden, ist noch einiges zu tun. In einer 2021 durchgeführten, hessenweiten Online-Befragung unter jungen Menschen mit Behinderung(en) („Meine Freizeit – Meine Ideen“) geben viele Teilnehmende an, keine „Angebote für Jugendliche wie mich“ zu kennen. Der Wunsch „einfach mitmachen“ zu können, wird meist als bereits hinreichende Bedingung an Angebote genannt. Die von vielen Befragten verinnerlichte Verunsicherung oder Unkenntnis über das Recht auf Teilhabe und die wenig bis kaum vernetzten Bereiche von Trägerorganisationen der Eingliederungshilfe, Selbstvertretungsorganisationen und außerschulische Ju-

gend(verbands)arbeit führen häufig zu der Ansicht, nicht zur Zielgruppe von Jugendfreizeitangeboten zu gehören.

Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG), das 2021 in Kraft getreten ist, bildet als Teil des SGB VIII eine Rechtsgrundlage dafür, die Kinder- und Jugendhilfe verbindlich inklusiv zu gestalten und den Anspruch auf Teilhabe zu garantieren. Die Reform des SGB VIII soll bis 2028 ausgearbeitet werden und zur Umsetzung gelangen. Sie beschreibt jedoch nicht genau, wie dieser Anspruch eingelöst werden kann. Unter anderem muss geklärt werden, welche Stellen für die Finanzierung von inklusiven Angeboten und von strukturellen Baumaßnahmen sowie für die Weiterbildung von Fachkräften verantwortlich sind und an wen sich Verbände und Einrichtungen wenden können, wenn sie (weitere) inklusive Angebote schaffen wollen. Bisher gibt es in Hessen keine Landesfachstelle, die die Kinder- und Jugendhilfe zu konzeptionellen Fragen beraten und haupt- und ehrenamtliche Akteur_innen gezielt fortbilden kann.

Außerdem bedarf es einer sinnvollen Finanzierung der Träger und Projekte sowie einer niederschweligen Möglichkeit für Verbände, aber auch für Familien, um finanzielle Unterstützung für Freizeitangebote beantragen zu können. Die Jugend(verbands)arbeit sollte mittels erhöhter Tagesätze und flexiblerer Abrechnungsmöglichkeiten allen Jugendlichen die Teilnahme an Angeboten ermöglichen können.

Der Rechtsanspruch auf Teilhabe führt nicht automatisch zu mehr Rampen, mehr Schulungen für Fachkräfte oder einer veränderten Praxis in der Kinder- und Jugendhilfe. Die Veränderung muss (von uns mit) gestaltet werden!

Jugendliche mit Behinderung(en) sollen selbstverständlicher Teil der Selbstorganisation in Jugendverbänden sein. Das Hinwegsehen über Behinderung(en) und Inklusion schafft Ausschlüsse auf verschiedenen Ebenen und führt dazu, dass die Interessen und Meinungen vieler junger Menschen keinen Raum finden. Jugendliche mit Behinderung(en) aktiv einzubeziehen, heißt unter anderem, auch die Sorge vor und die Erfahrung von ableistischer Diskriminierung zu reflektieren. Bisher besteht keine Selbstverständlichkeit für die Thematisierung dieser Form von struktureller Diskriminierung. Der Handlungsauftrag, der sich für uns in der Jugendverbandsarbeit ergibt, besteht in der Sichtbarmachung der Lebenswelten behinderter junger Menschen, im Lernen über strukturelle Ausschlussformen und im Bemühen, diese Strukturen zu verbessern. Hierzu bedarf es sowohl der Sensibilisierung und Öffnung aller Jugendverbände als auch der Unterstützung von Selbstorganisation und spezifischen Angeboten.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Durch Beratung, Fortbildung, Sensibilisierung und Vernetzung der Jugendverbände wird der Hessische Jugendring zur Inklusiven Jugendverbandsarbeit beitragen und sich in dieser Hinsicht selbst kritisch zu reflektieren. Er wird sich zudem für die Interessen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung(en) einsetzen, sich aktiv am politischen Diskurs beteiligen und die Perspektive von Jugendverbänden einbringen. Hierzu strebt er den Aufbau einer Fachstelle/Projektstelle „Inklusive Jugendverbandsarbeit“ an.
- Der Hessische Jugendring wird zusammen mit den Jugendverbänden ein Modellprojekt umsetzen, das die Vernetzung und Zusammenarbeit der Jugendverbände und von Trägerorganisationen der Eingliederungshilfe, Selbstvertretungsorganisationen fördert, das Recht auf Teilhabe stärkt und zur Inklusion in der Jugendverbandsarbeit beiträgt.
- Als weiterer Entwicklungsschritt soll die Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung(en) gefördert und unterstützt werden. Der Hessische Jugendring fördert den Aufbau und den Ausbau von Selbstorganisationen und Angeboten der verbandlichen Jugendarbeit

für junge Menschen mit Behinderung(en). Dabei orientiert sich der hjr an den Prinzipien der Jugendarbeit wie Partizipation, Freiwilligkeit, und Offenheit.

- Der hjr setzt sich gemeinsam mit den Jugendverbänden dafür ein, dass Veranstaltungsorte barriereärmer werden. Darüber hinaus wird eine gemeinsame Sammlung von barrierearmen Unterkünften angestrebt, mit Angabe der vorhandenen Barrieren.

6. Mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schützen und stärken

Das Thema mentale Gesundheit nimmt in der Lebenswelt junger Menschen einen immer größer werdenden Stellenwert ein. Stigmata psychischer Erkrankungen werden zunehmend abgebaut. Globale Krisen, die Folgen der Leistungsgesellschaft und persönliche Umstände wirken sich unter anderem auf die mentale Gesundheit junger Menschen aus und beeinträchtigen ihre Entwicklung und ihre freie Entfaltung.

Auch in der Jugendverbandsarbeit wächst die Bedeutung der mentalen Gesundheit. Junge Menschen, teilweise auch ehrenamtliche Akteur_innen sind immer häufiger psychisch vorbelastet. Dies beeinflusst die Arbeit von, mit und für junge Menschen deutlich. Die Studienlage zum Thema mentale Gesundheit von jungen Menschen und zum entsprechenden Anstieg von psychischen Erkrankungen bei jungen Menschen, insbesondere bei Kinder und Jugendlichen, ist überschaubar. Aktuell repräsentieren vor allem die COPSY-Studie 2023 und der Kindergesundheitsbericht 2023 die psychischen Belastungen, die auf Kinder und Jugendliche wirken und dass diese massive Folgen auf deren mentale Gesundheit haben. Diese Ergebnisse sind für die Jugendverbandsarbeit nicht ausreichend, da hierbei nicht die soziale Teilhabe im außerschulischen Kontext, unabhängig von pathologischen Faktoren, repräsentiert sind. Wir haben außerdem weiterhin den Eindruck, dass dieses Thema nach wie vor staatspolitisch nicht ernsthaft aufgegriffen wird.

Therapieplätze und niedrigschwellige, professionelle psychosoziale Angebote für junge Menschen sind nicht ausreichend vorhanden. Aufgrund dieses Mangels sind junge Menschen in diesem Zusammenhang nicht ausreichend versorgt. Dies hat zur Folge, dass Adressat_innen der Jugendverbandsarbeit, die psychisch vorbelastet sind, unter Umständen nicht diagnostiziert sind, keine Therapie machen und keine psychosoziale Angebote in Anspruch nehmen.

Haupt-, Neben- und Ehrenamtliche sind in der Regel kaum oder gar nicht zum Thema mentale Gesundheit und der Arbeit mit psychischen Erkrankungen geschult und deswegen häufig handlungsunsicher.

Die Arbeit mit Menschen mit psychischen Erkrankungen kann sehr belastend sein. Haupt-, neben- oder ehrenamtliche Mitarbeitende in der Jugendverbandsarbeit erleben akute Krisen von jungen Menschen und müssen unter Umständen in diesen höchst belastenden Situationen wichtige und schwierige Entscheidungen mit teils schwerwiegenden Folgen treffen. Entscheidend ist, dass Akteur_innen dabei auch selbst ausreichend beraten und unterstützt werden. Um das Erlebte in diesem Zusammenhang ausreichend verarbeiten zu können, benötigen sie einen geschützten Raum sich austauschen zu können. Es muss dafür gesorgt sein, dass auch deren mentale Gesundheit geschützt wird.

Ehrenamtliche können auch von psychischen Erkrankungen betroffen sein. Um sie angemessen im Rahmen ihrer Talente und Fähigkeiten einzubringen, sind Strukturen notwendig, die psychische Belastung möglichst gering zu halten. Durch den Empowerment-Ansatz werden junge Menschen, die psychisch vorbelastet sind, befähigt werden, sich ressourcenorientiert in das Ehrenamt einzubringen. Diese Strukturen müssen auch eine Schutzfunktion darstellen, um Ehrenamtliche mit psychischen Erkrankungen vor besonderen Belastungen und Überforderung im Rahmen ihres Amtes zu schützen.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Die Mitgliedsverbände gründen eine AG zur Erarbeitung eines Juleica-Bausteins zu folgenden Themen: mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Umgang mit psychisch vorbelasteten und traumatisierten jungen Menschen sowie Förderung der eigenen mentalen Gesundheit von Akteur_innen der Jugendverbandsarbeit. Der Hessische Jugendring übernimmt die Geschäftsführung für die AG.
- Wir nehmen uns vor, Angebote an Beratung, Fortbildung, Sensibilisierung und Vernetzung der Jugendverbände zu den Themen Mentale Gesundheit und traumasensibler Pädagogik zu entwickeln und zu fördern.
- Der Hessische Jugendring beteiligt sich aktiv am politischen Diskurs zum Thema mentaler Gesundheit von jungen Menschen und bringt die Perspektive von Jugendverbänden ein. Er positioniert sich in diesem Zusammenhang und bringt sich auf Landes- und Bundesebene aktiv für das Thema ein.
- Im Rahmen der Jugendforschung setzt sich der hjr an geeigneter Stelle dafür ein, das Thema in aktuelle Studien **zu bearbeiten**.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der psychosoziale Dienst an Schulen ausgebaut wird und neue Psychotherapieplätze für junge Menschen geschaffen werden können.
-

Beschlossen am 18. November 2023 auf der Vollversammlung des Hessischen Jugendrings.